

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland steht mitten in einer doppelten Energietransformation. Das Erreichen der Ziele des Klimaschutzgesetzes zur Klimaneutralität bis 2045 macht eine große Transformation unerlässlich. Der Weg dorthin erfordert durch die Energiekrise aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine eine weitere Transformation. Dabei ist eine zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen und bezahlbaren Energiepreisen elementar für eine funktionierende Wirtschaft und eine soziale Ausgewogenheit in Deutschland und Europa. Deutschland braucht eine stabile Energieversorgung ohne einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Staaten. Reine Verzichtsappelle oder Umverteilung werden in der Bevölkerung kurz- wie langfristig keine Akzeptanz finden und auch nicht nachhaltig unsere Probleme lösen. Sie stellen die Energieversorgung der größten Volkswirtschaft Europas auch auf Dauer nicht auf sichere Füße.

Bei allen aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen der Bundesregierung fehlt eine technologische Strategie. Gerade in der aktuellen Krise sollte die Stunde von Wissenschaft und Forschung schlagen. Die Wissenschaftsgemeinschaft hat viele Lösungsansätze zu bieten und forscht intensiv an einer erfolgsversprechenden Energietransformation. An zahlreichen Hochschulen wie außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse, um den Lösungsraum der Bundesregierung in der aktuellen Energiekrise zu vergrößern. Eine solche Erweiterung ist dringend notwendig. Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine mittel- wie langfristige Gesamtstrategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Dazu gehört als zentraler Baustein eine wissenschaftsgeleitete Technologieagenda für die Energietransformation.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht die Kurzatmigkeit des Krisenmanagements der Bundesregierung mit großer Sorge. Die Ampel-Koalition ließ die Bürgerinnen und Bürger bisher viel zu lange im Dunkeln, wie in den kommenden Wintern zu bezahlbaren Preisen geheizt werden soll. Auch jetzt bleibt ihr Krisenmanagement lückenhaft. Besonders in Krisenzeiten ist es wichtig, kraftvoll in die wissenschaftliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes zu investieren. Die Bundesregierung sollte sich ein Beispiel daran nehmen, dass in der Hochphase der Corona-Pandemie neben einem Konjunkturpaket auch ein großes Zukunftspaket geschnürt wurde, das mit über 15 Milliarden Euro erhebliche Investitionen in Schlüsseltechnologien ermög-

lichte. Die Bundesregierung sollte darauf drängen, die damals beschlossenen Investitionen, etwa im Rahmen der Nationalen Wasserstoffstrategie, zügig in die Tat umzusetzen. Auch in der jetzigen Krise brauchen wir dringend Investitionen in Technologien, die der deutschen Wirtschaft den erforderlichen Rückenwind geben, in fünf bzw. zehn Jahren auf technologischen Schlüsselgebieten wieder Weltmarktführer zu werden, Arbeitsplätze zu sichern und Wohlstand zu schaffen.

Es ist ein Versäumnis von Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger, dass Wissenschaft und Forschung bei den bisher beschlossenen milliardenschweren Entlastungspaketen der Bundesregierung über Monate leer ausgegangen sind. Eine Koalition, die sich selbst als Fortschrittskoalition bezeichnet, muss eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt als Booster gegen die aktuelle Energiekrise nutzen. Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur dringend benötigten Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes. Hierfür braucht es Technologieoffenheit und Innovationslust, aber auch eine starke Stimme in der Bundesregierung.

Die Bundesregierung muss jetzt dringend für eine Kurskorrektur sorgen. Die Expertise der Wissenschaft muss bei aktuellen Entscheidungsfindungsprozessen zur Bewältigung der Energiekrise von Beginn an eingebunden und insbesondere bestehende technische Lösungsoptionen systematischer auf ihre Anwendbarkeit geprüft und genutzt werden. Unter Federführung des Bundesforschungsministerium gilt es, kurzfristig einen professionell geführten Prozess aufzusetzen, der eine unabhängige wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung in Energiefragen sicherstellt, vielversprechende Forschungsprojekte mit hoher Anwendungsnähe aufspürt und diese durch Schnellläuferprogramme einer zügigen Skalierung zuführt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. eine „Technologieagenda Neue Energien“ zu erstellen;
  2. dazu kurzfristig unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine unabhängige, ergebnisoffene wissenschaftliche Analyse zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung in Deutschland für die Jahre 2023, 2024 und 2025 in Auftrag zu geben, deren Ergebnisse im ersten Quartal 2023 vorzulegen sind und auf deren Basis die politischen Schlussfolgerungen der Bundesregierung in Form einer forschungs- und innovationsgeleiteten Agenda der Öffentlichkeit vorzustellen;
  3. unter gemeinsamer Federführung des BMBF und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Schnellläuferinitiativen zur zeitnahen Markteinführung „from lab to fab“ reifer Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Energieforschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufzusetzen. Dabei soll der Fokus auf die Umsetzung mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie Start-ups gelegt werden, die sowohl kurzfristig als auch langfristig Beiträge leisten können;
  4. darüber hinaus einen strategischen Prozess mit einer ideologiefreien, evidenzbasierten Bestandsanalyse aufzusetzen, welche technologischen Ziele in fünf, zehn und 15 Jahren auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 erreicht werden sollen und dies mit Maßnahmen zu unterlegen. Dabei gilt es, die bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie und die notwendigen Technologien zum Erreichen der Klimaziele gemeinsam zu denken und zu gestalten;

5. im Rahmen der missionsorientierten Forschung eine neue, prioritäre Mission „Neue Energien“ zu beschließen und hier die Anstrengungen zu erhöhen. Im Rahmen der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ soll ein entsprechender Schwerpunkt „Neue Energien“ gesetzt werden;
6. Forschung und Entwicklung zu vielversprechenden Technologien zu beschleunigen und aus der Grundlagenforschung auf die nächste Ebene zu heben, insbesondere von Speichertechnologien, Leitungssystemen (inkl. neuer Hochspannungsgleichstromsysteme einerseits, dezentraler „Energiewaben“ andererseits) für erneuerbare Energien oder neuer Ansätze der Kernfusion (Trägheitsfusion). Hierzu sind auch passende rechtliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Fusionsenergie zu prüfen;
7. bei der Entwicklung vielversprechender Technologien nicht nur auf Eigenentwicklung zu setzen, sondern gezielt den Staat als Ankerkunden mit Wettbewerbsverfahren zu positionieren, wie dies erfolgreich bei Launchern und Quantencomputing vollzogen wurde;
8. bei öffentlichen Aufträgen im Rahmen der „Technologieagenda Neue Energien“ dafür zu sorgen, dass Bedingungen so gestaltet sind, dass insbesondere Start-ups und KMU zum Zuge kommen;
9. die Energieforschung des Bundes zu bündeln, dafür eine fruchtbare Zusammenarbeit von akademischer Forschung und Ressortforschung zu fordern und zu fördern, und darüber regelmäßig zu berichten;
10. die technologische Basis für diversifizierte internationale Energiepartnerschaften zu identifizieren und durch konkrete Technologievorhaben zu unterstützen, etwa mittels Technologien für Solarparks in sonnenreichen Regionen und Umwandlung des Stroms in Ammoniak, Methanol oder eFuels sowie auch die Technologie für entsprechende Infrastrukturen zum Transport nach Deutschland (primär Schiffe) wie auch innerhalb Deutschlands (primär Pipelines). Erforderlich ist auch eine technologische Basis für Finanzierungen über die EU-Initiative „global gateway“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierzu in der Europäischen Union entsprechend tätig zu werden;
11. bei etwaigen Entlastungspaketen, etwa dem am 3. September 2022 angekündigten 65 Milliarden Euro schweren Entlastungspaket III dem am 29. September 2022 angekündigten sog. „Abwehrschirm“ der Bundesregierung in Höhe von 200 Milliarden Euro, einen substantiellen Beitrag für Investitionen in die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien vorzusehen;
12. die Forschungs- und Innovationsförderung im Bereich der Energieforschung technologieoffen und gründerfreundlich auszubauen sowie frühzeitige Möglichkeiten zur Bereitstellung von Wagniskapital zu eröffnen. Hierbei sollten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Skalierung etwaiger Technologien von Beginn an eingebunden werden.

Berlin, den 8. November 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

